

Stadtratssitzung vom 16. Januar 2026

Postulat P 16/2025**Postulat betreffend Prüfung von Handlungsbedarf bezüglich Umgestaltung bzw. Optimierung der politischen Governance in der Stadt Thun**

Mark van Wijk (FDP), Valentin Borter (SVP) und Fraktion FDP/Die Mitte vom 21. August 2025; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, welche Instanz (z. B. SAKO FIRU oder die BRK) folgende Fragestellungen untersuchen kann:

- Ist die heutige Konstellation der Thuner Exekutive bezüglich Effektivität und Effizienz richtig aufgestellt?
- Würde eine Anpassung auf sieben Gemeinderatsmitglieder nicht eine Erhöhung der Wirksamkeit und gleichzeitig eine breitere politische Abstützung bedeuten?
- Wäre eine solche Anpassung im Rahmen der jetzigen 380 Stellenprozente möglich (Hauptamt und Nebenamt)?
- Die Stadt Thun hat einen im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr gut bezahlten Gemeinderat und ein günstiges Parlament. Andere Städte haben hier andere Lösungen. Kann bzw. muss dieser unbefriedigende Umstand angepasst werden? Wenn Ja, wie?
- Muss Artikel 19 des Reglements über die Leistungen an Gemeinderatsmitglieder so angepasst werden, dass ein vorzeitiger Rücktritt oder Nichtantritt zur Wiederwahl ohne Entschädigungsfolge sein wird und ob bei einer Nichtwahl die bisherige Regelung weiter gelten kann?
- Gibt es weiteren Optimierungsbedarf, um unser politisches System fit für die Zukunft zu gestalten?

Begründung

Die heutige Stadtverfassung stammt aus dem Jahr 2001. In den Jahren 2005 und 2013 gab es entsprechende Revisionen. Seitdem sind über zehn Jahre vergangen, und die Welt, insbesondere die politische, hat sich nachhaltig verändert. Auch sind die Aufgabenbereiche im Gemeinderat einerseits gewachsen und andererseits komplexer geworden. Eine entsprechende gesamtheitliche Analyse ist daher unabdingbar. Ein besonderer Fokus gilt der Zusammenarbeit der Legislative mit der Exekutive. Dabei muss der Aufsicht- bzw. Kontrollfunktion des Parlamentes besondere Bedeutung beigemessen werden. Vermehrte und vertiefere Einflussnahme bedeuten aber auch höhere Arbeitsbelastung, welche zumindest monetär adäquat entgolten werden soll. Damit die entsprechenden gesamtheitlichen Analysen gemacht werden können und keine zusätzliche parlamentarische Kommission gebildet werden muss, ist eine der bestehenden SAKOs oder die BRK als geeignetes Instrument hier zu berücksichtigen.



Stellungnahme des Gemeinderates

Das vorliegende Postulat verlangt die Prüfung der Frage, welche Instanz bestimmte Fragestellungen untersuchen kann. Der Gemeinderat ist bereit, diese Frage zu prüfen. Er beantragt deshalb die Annahme dieses Postulates.

Antrag

Annahme.

Thun, 5. Dezember 2025

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller